

Dialog: Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Gesundheitsförderung – vergleichbare Ansätze, gemeinsame Ziele: Jugendhilfe

Ziel des Programms „Entwicklungen und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) ist es zum einen, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren, die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen qualifizieren und weiterentwickeln zu helfen sowie den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen zu richten. Zum anderen sollen neue Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die zur Förderung der sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen aus diesen Sozialräumen beitragen.

Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, der Erwerb von Zukunftskompetenzen für Kinder und Jugendliche, die Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement sind, so die Überzeugung des Programms, nicht in den einzelnen Hilfesystemen allein zu realisieren, sondern nur durch die Mobilisierung von Querschnittskompetenzen der Ämter, Träger und des demokratischen Gemeinwesens sowie durch die Stärkung der Handlungskompetenzen aller Akteure im Stadtteil.

Vor diesem Hintergrund betont das E&C-Programm das Prinzip der sozialräumlichen Vernetzung. So strebt die Programmplattform E&C weniger die schlichte Übertragung bewährter Arbeitsformen in soziale Brennpunkte an, sondern zielt auf die Berücksichtigung der sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Adressaten/innen und ihren Umgang damit, die Einbeziehung und die Kooperation mit den vorhandenen bzw. in der Entwicklung befindlichen Institutionen und Einrichtungen und die Entwicklung eines auf die jeweiligen Probleme und Bedarfslagen bezogenen Unterstützungsangebotes.

Kernpunkte dieser Gemeinschaftsanstrengung sind:

- die Verbesserung der sozialen Infrastruktur,
- die Verbesserung der Sozialisationsbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen,
- die Teilhabe (materiell, sozial, kulturell und politisch) der Bewohner/innen, der Kinder und Jugendlichen,
- die Neuausformung einer Angebotsstruktur individueller Hilfen, einer modernen Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer Lebensla-

genpolitik, die nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann.

Die Grundsätze der fachlichen Standards beider Programme Soziale Stadt und E&C orientieren sich auf den Sozialraum, die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente, die Beteiligung der Bürger/innen, das Ausrichten aller lokalen Akteure auf die Umsetzung gemeinsamer sozialer Ziele.

Die Sozialraumorientierung wird dabei übersetzt als die Gestaltung von Strukturen und Beziehungen in der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und ihrer Eltern, der Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen, dem Aufbau von Netzwerken, der Quartiersarbeit und der Gemeinwesenarbeit.

Die Beteiligung als Teil einer Demokratisierung meint die Gestaltung der materiellen und sozialen Teilhabe der Adressaten/innen durch Teilhabe in der Quartierspolitik, in der Gestaltung sozialer Angebote, in der Umsetzung von individuellen Rechtsansprüchen, Hilfeplanung im weitesten Sinne.

Daraus ergeben sich neue Anforderungen an die „Dienstleistungsarbeit“ der professionellen Akteure im Feld. Hierzu gehört insbesondere die Realisierung von Bedürfnissen und Bedarfen der Nutzer/innen, d.h. Nachfrageorientierung, Ergebnisüberprüfung, Beteiligung der Nutzer/innen, Koproduktion mit Schule, Sozialamt, Arbeitsamt, Polizei, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt (SPI 2002).

Um in diesem Spannungsfeld handlungsfähig zu bleiben, schlagen beide Programme integrierte Handlungskonzepte im Sinne von lokalen Aktions- und Sozialplänen vor. Sie haben deshalb eine herausgehobene strategische und qualitätssichernde Bedeutung und setzen eine intensive Auseinandersetzung, sowie ein abgestimmtes methodisches Vorgehen voraus.

Zum Begriff der Koproduktion in der Sozialen Arbeit und der Programmplattform E&C

Die Stiftung SPI hat im Jahre 2000 ihr Angebot zur Übernahme der Regiestelle der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) unter die Überschrift „Soziale Arbeit als Koproduktion“ gestellt (SPI 2000). Die Kinder- und Jugendhilfe wurde dort als Akteur einer Gemeinschaftsanstrengung sozialer und wirtschaftlicher Infrastrukturpolitik und das zweigliederige Jugendamt zum Akteur für soziale Gestaltungs- und Partizipationsprozesse in einem definierten Sozialraum der Gebietskörperschaft

gekennzeichnet. Der Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe wurde so beschrieben, dass sie die Bedingungen des Aufwachsens für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Eltern, ihre Zukunftsperspektiven, Handlungs- und Gestaltungsoptionen im Sinne von Zukunftskompetenzen in diese Bund-Land-Gemeinschaftsinitiative offensiv einbringt, damit sie im sozialen Erneuerungsprozess Berücksichtigung finden.

Dabei sollen keine zusätzlichen neuen Strukturen auf kommunaler Ebene implementiert, sondern mit den bestehenden öffentlichen und privaten Trägern sowie den gesellschaftlichen Gruppen eine neue koproductive Praxis geschaffen werden. Die lokalen Akteure gehen ein Bündnis ein, das sie unter gemeinsam entwickelten Leit- bzw. Oberzielen einziehen. Die unterschiedlich materiell-rechtlichen Regelungsinhalte der jeweiligen Leistungsgesetze (SGB III, SGB VIII, BSHG, Schulgesetze), ihre Vorrangigkeits- bzw. Nachrangigkeitsregelungen und die Vielzahl der Leistungsträger komplizieren eine integrierte Entwicklungsstrategie erheblich. Alle Gesetzeswerke haben unterschiedliche Regelungsdichten und Kontrollmechanismen zu ihren Fördermaßnahmen und Angeboten. Zum Teil sind diese Angebote zentral geregelt, detailliert in Maßnahmetypen gegliedert, die nur für bestimmte Zielgruppen durchgeführt werden dürfen und sich nicht immer an dem lokalen Bedarf orientieren.

Diese Vielfalt und unterschiedliche Ausrichtung der Zuständigkeitsbereiche erschwert eine mittel- und langfristige strategische Planung auf kommunaler Ebene und erfordert einen „Paradigmenwechsel“ bei den jeweiligen Ämtern und Institutionen. Auf kommunaler Ebene vereinbaren die politischen Vertreter und die Vertreter der Ämter (Sozialamt, Jugendamt, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt, Arbeitsamt, Schulamt) ein gemeinsames strategisches Vorgehen und die Beteiligung und Bildung eines lokalen Beschäftigungs- und Ausbildungsbündnisses. Zur ämterübergreifenden Zusammenarbeit wird eine kommunale Steuerungsgruppe eingesetzt. Auf der lokalen Ebene wird mit den lokalen Akteuren unter Einbeziehung der Ämtervertreter auf Stadtteilebene ein lokales Bündnis initiiert.

Der reklamierte Paradigmenwechsel kann deswegen wie folgt beschrieben werden:

Da im Dienstleistungsparadigma die Interaktion zwischen Produzent und Konsument im Mittelpunkt steht und folglich die Dienstleistung als ein Koproduktionsprozess zu begreifen ist, in dem nicht nur der Klient/Konsument aktiviert werden muss, sondern in gleichem Maße formelle und informelle Netzwerkstrukturen im Wohnumfeld, Stadtteil oder Quartier, ist soziale Arbeit als Dienstleistung

keineswegs ausschließlich einzelfallorientiert; die Sozialraumorientierung ist wesentlicher Bestandteil der Dienstleistung. Damit sind im Kern drei die Einzelfallorientierung sprengende Zielsetzungen verbunden:

- soziale Hilfen und soziale Dienste müssen noch stärker präventiv und ursachenbezogen sein,
- das Bedürfnisgefüge sozialer Problemlagen hat neben individuellen Aspekten immer auch die spezifischen Lebensbedingungen als Grundlage, die kommunal gesehen als Faktor des sozialen Raums beschrieben werden können,
- soziale Hilfen sind als flexible, möglichst lebensweltnahe Angebote zu organisieren.

(Holtkamp/Bogumil 2001)

Die Programmatik „Soziale Arbeit als Koproduktion“ empfiehlt den beteiligten Akteuren einen Paradigmenwechsel zur sozialräumlichen Vernetzung. Sie empfiehlt die Netzwerkarbeit auf zwei Ebenen: als strategisches Ämternetzwerk und als operatives lokales Netzwerk.

Inhaltliche Hilfen werden mit der Teilhabe/Partizipation der Adressaten/innen und der Kinder- und Jugendhilfe verbunden. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung und der Ausbau örtlicher Netzwerke bei gleichzeitiger Herausbildung von demokratischem Engagement, die Verknüpfung von ressortspezifischen Förderprogrammen und die Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten.

Die Programmatik der Programmplattform E&C betont das Konzept des sozialen Kapitals, verknüpft lokale Beteiligungsformen mit erfolgreichen Projekten/Aktionen, mit demokratischer Intensität und wirtschaftlichem Wachstum (Brocke 2002). Die Verfügbarkeit von sozialem Kapital ermöglicht stärkere Konkurrenzfähigkeit der Gebiete sowie intensivere soziale Kohäsion. Das Fehlen von sozialem Kapital geht einher mit mangelndem wirtschaftlichen Erfolg und mit sozialer Ausgrenzung und Armut. Der von der nationalen Programmplattform E&C eingeleitete Paradigmenwechsel schließt die Berücksichtigung folgender gesellschaftlicher Dimensionen in sein Vorgehen ein:

- die ökonomische Dimension,
- die ökologische Dimension,
- die soziale Dimension,
- die interkulturelle Dimension,
- die Gender Dimension,
- die ethische Dimension,
- die räumliche Dimension (ebd.)

Grundvoraussetzung eines lokalen Aktionsplanes

Die Erfahrungen und Ergebnisse der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“

verweisen darauf, dass integriertes Handeln mit dem Instrument des lokalen Aktionsplanes von den gewählten Vertretern (Stadtverordnetenversammlung, Kreistag etc.), den gewählten Funktionsträgern (Oberbürgermeister/innen, Landräte/innen, Dezernenten/innen, Stadträte/innen etc.) sowie den Leitungen der Fachämter gewollt und legitimiert sein muss. Soziale Arbeit als Koproduktion ist in ihrem Kern ein dialogischer Prozess, der auf Dauerhaftigkeit und Partizipation ausgerichtet ist. Ohne die Akzeptanz und Unterstützung der kommunalen Eliten ist die Qualität von Nachhaltigkeit der eingeleiteten lokalen Strategien nicht umzusetzen. Koproduktionsstrategien greifen in komplexe lokale Wirkungszusammenhänge (ökonomische, wie soziale und städtebauliche) ein und bedürfen sowohl zu ihrer Legitimation, wie auch der institutionellen Absicherung, der aktiven Teilhabe der „Politik-Vertreter/innen“ an diesen Prozessen.

Ein erfolgreicher Koproduktionsprozess erfordert institutionelle Stabilität und fachämterübergreifende Kooperations- und Entscheidungsstrukturen (Ämternetzwerk)

Politische Legitimation muss in Strukturen institutioneller Stabilität umgesetzt werden. Adressat dieser Anforderungen ist neben der Kommunalpolitik die Kommunalverwaltung. Auf der Grundlage der politischen Entscheidung muss die Verwaltung eine Aufstellung von ressortübergreifenden Leitbildern und deren Umsetzung in handlungsrelevante Leitziele, den Rahmen der Ressourceneinsatzplanung (Geld und Personal) bestimmen, die Adaption von Förderrichtlinien und Förderprogrammen vornehmen, die Festlegung von ämterübergreifenden Entscheidungsstrukturen treffen und dem Gesamtvorhaben eine verlässliche und angemessene Strukturausstattung folgen lassen. Die Beteiligung der Bürger/innen erfordert ebenfalls eine angemessene lokale Infrastruktur, das heißt verlässliche und mit Kompetenz ausgestattete Ansprechpersonen vor Ort (z. B. Quartiersbüros, Errichtung von Bürgerforen, Stadtteilkonferenzen, Planungszellen, Jugendhilfemanagements). Eine Gebietskörperschaft, die mit dem Instrument des lokalen Aktionsplanes arbeiten will, muss sich deshalb innerhalb der Ämter abstimmen, in welcher Form, mit welchen Personen, in welchen Gremien die fachamtsübergreifende Koordinierung geleistet werden soll. Dabei wird auch die federführende Funktion festgelegt, entweder in einer Person oder in einem Amt mit einem benannten Koordinator.

Aufbau eines lokalen Netzwerkes

Die Koordinationsstelle des Ämternetzwerkes

der Gebietskörperschaft aktiviert oder gründet ein lokales Netzwerk, das sich aus den lokalen Akteuren zusammensetzt. Lokale Akteure sind z. B. freie Träger, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, Lokale-Agenda-21-Gruppen, lokale Beschäftigungsbündnisse, Quartiersmanagements, Bürgerforen, Kinder- und Jugendbüros, Bürgerinitiativen bzw. einzelne engagierte Bürger/innen.

Hierbei hat das Ämternetzwerk die Aufgabe, den Sinn und den Zweck, dieses lokale Netzwerkes so transparent wie irgend möglich zu beschreiben. Das heißt, es muss geklärt werden, welche Aufgaben, mit welcher Kompetenz, unter dem Einsatz von wie vielen Ressourcen gewollt und zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört insbesondere auch die Bekanntgabe eines Zeitraumes, in dem das lokale Netzwerk im Auftrag der Gebietskörperschaft tätig sein soll. Den potenziellen Teilnehmer/innen an diesem lokalen Netzwerk werden Strukturdaten des Gebietes zur Verfügung gestellt, ebenso eine Beschreibung der Problemlage aus kommunaler Sicht, das heißt, die Bekanntgabe der Erwartungen von Politik und Verwaltung an mögliche Entwicklungsziele und Lösungen (Handlungskonzept). Hier werden mögliche Projektideen beschrieben und die aus der Sicht von Politik und Verwaltung vorrangigen Ziele und die Beteiligung von aktiven bzw. potenziellen Partnern im Land. Es werden Gremien vorgeschlagen, wie z. B. ein Begleitausschuss und Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation beschrieben.

Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft öffentlicher wie freier Träger, der Bevölkerung sowie der Vertreter/innen der lokalen Wirtschaftsunternehmen sind wesentlich daran gebunden, ob die wirklichen Probleme des in Frage kommenden Gebietes auf die Agenda eines lokalen Aktionsplanes gesetzt werden. Hier wird definiert, welcher Erneuerungsbedarf bzw. welche Probleme als Gemeinschaftswerk in einem Lösungsprozess gebraucht werden und angegangen werden sollen. Die Realität von tatsächlichen und nicht vermeintlichen Problemen ist deswegen zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Koproduktionsprozess. Es kommt bei dem Instrument des lokalen Aktionsplanes auf die richtige Reihenfolge der zu bearbeitenden Fragestellungen an:

- Wo liegt das Problem?
- Was wollen wir erreichen (Ergebnisse und Wirkungen)?
- Was müssen wir tun (Programme und Produkte)?
- Wie müssen wir es tun (Prozesse und Strukturen)?
- Was müssen wir einsetzen (Ressourcen)?
- Wer soll es umsetzen (öffentliche oder

private Dienstleistung, Selbsthilfe/ Ehrenamt)?

Der Formulierung von Schlüsselindikatoren zur Kontrolle und Überprüfung der erzielten Ergebnisse und Wirkungen kommt dabei eine Hauptrolle zu. Wie kommt man zu Indikatoren? Indikatoren sind Hinweise, Erscheinungsformen und/oder Veränderungen, die beobachtet bzw. gemessen werden können. Die ausgewählten Indikatoren müssen die Qualität aufweisen, dass mit ihnen das Erreichen der formulierten Ziele dokumentiert, beschrieben und abgegrenzt werden kann, so dass sie in anderen Handlungsfeldern, anderen Regionen, anderen sozialen Brennpunkten ebenfalls beobachtet, beschrieben und gemessen werden können.

Ein erfolgreicher Koproduktionsprozess im Rahmen von lokalen Aktionsplänen erfordert neue und kontinuierliche Formen der Partizipation

Die Mitwirkung der Bewohner/innen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses sozialer Koproduktion. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw. Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen.

Aus den Beteiligungs- und Partizipationsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe und aus den Beteiligungsverfahren der Sozialen Stadt wissen wir, dass Motivation und Engagement der Bürger/innen sich erst in einem konkreten Umfeld entfalten. Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung, aber insbesondere auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung sind deswegen auf ein konkretes Umfeld, auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und konkrete Praxis angewiesen, um Begeisterung, Engagement und Anstoß für einen sozialen Lern- und Kreativvorgang zu geben.

Die Entwicklung neuer und kontinuierlicher Formen der Partizipation darf sich nicht auf wenige oder auf die von öffentlich beauftragten Akteuren des lokalen Aktionsplanes definierten Räume und Anlässe beschränken. Partizipation ist aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe immer auch ein Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist eine Lern- und Lebenserfahrung, die im Kern eine attraktive Form der außerschulischen Bildung darstellt.

Der besondere Stellenwert von Öffentlichkeitsarbeit

Im Trend der Medialisierung von Politik und Gesellschaft ist Aufmerksamkeit eine besondere Form von „politischem Kapital“. Sie weist darauf, dass Medienkompetenz nötig ist zum professionellen Umgang mit den Anfor-

derungen der Mediengesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Bürgeraktivierung verlangen nach Themen und Aktionsformen, in denen komprimiert und beispielhaft neue Formen des Umgangs mit Problemen und gemeinsamen Problemlösungsstrategien geplant und umgesetzt werden. Dies gelingt umso besser, wenn vor Ort Bündnisse eingegangen werden, die noch nicht Beteiligte zum Beitritt einladen. Eine Methode, um solche Aktionsbündnisse zu schmieden, bietet die öffentliche Kampagne. Dabei ist zu beachten, dass öffentliche Kommunikation und Diskurse auf ein sehr heterogenes Publikum treffen, die Bürger/innen adaptieren einen Inhalt oder eine Idee auf sehr unterschiedliche Weisen. Pauschal angesprochen werden sie sich nicht angesprochen fühlen. Die Einbeziehung der Bevölkerung muss deshalb die Vielfalt von Interessen, Sichtweisen und Lebenswelten berücksichtigen.

Die Stellung der Kommune, lokale Partnerschaften und Integration von Politikfeldern

Lokale Aktionspläne setzen lokale Partnerschaften voraus, die komplementär und horizontal organisiert sind. Komplementär bedeutet, dass die unterschiedlichen Denk- und Praxisansätze von Arbeitsfeldern und Organisationen einbezogen und respektiert werden. Horizontal meint, dass die unterschiedlichen Beteiligten im Zielfindungs-, Planungs- und Aktionsprozess tendenziell gleichrangig agieren können.

Die Kommune spielt deshalb bei der Implementation der lokalen Aktionspläne eine Schlüsselrolle. Sie ist allein dem Gemeinwohl verpflichtet und in dem Sinne „neutral“, als dass sie von keinen Einzelinteressen geprägt ist.

Ihre besondere Verantwortung richtet sich insbesondere:

- auf strategische Ziele, um die Koproduktionsebenen zu formulieren, abzustimmen und festzulegen,
- auf die administrative Ebene, um die einzelnen Fachkompetenzen der Ämter zu bündeln, Querschnittskompetenz zu entwickeln und Transparenz und Bürgernähe durch die Gesamtstruktur – bezogen auf die Integrationshilfen und die Sozialraumorientierung – zu schaffen,
- auf die methodische Ebene, denn diese verhilft den Kommunen und Landkreisen, abgestimmte Leitlinien mit entsprechenden Zeitplänen für deren Verwirklichung festzulegen und gleichzeitig quantitative und qualitative Indikatoren zur Auswahl und zum Vergleich lokaler Angebote für die Maßnahmen und Projekte festzustellen und sich ein Instrument der Evaluierung, Bewertung und Prüfung zu schaffen,

- auf die sozialräumliche Ebene, denn hier werden die sozialen Hilfen und Dienste stärker präventiv und ursachenbezogen sein. Die sozialen Hilfen können als flexible und lebensweltnahe Angebote organisiert werden. Es können Akteure und Initiativen zur Beteiligung gewonnen werden, die sonst nicht erreicht wurden bzw., die sich selbst bisher nicht als möglichen Akteur zur Verbesserung der sozialen Situation verstanden haben;
- auf die Aktionsebene, der sozialen Integration im Wohnumfeld durch die Entwicklung dieser neuen Kooperations- und Beteiligungskultur, sowohl auf Ämterebene, wie auch der Ebene der privaten Akteure, wodurch es möglich wird, eine mittel- und langfristige Strategie zur Verbesserung der sozialen Integration im Wohnumfeld im sozialen Brennpunkt zu erreichen, so dass bestehende Angebote, Maßnahmen, Programme und Modelle unter dem Primat sozialer Entwicklungsleitziele gesehen werden können.

Familie	Kinder	Jugendliche	Akteure
– Keine Familie bleibt ohne Beratungsangebot. – Eltern mit Neugeborenen werden zu Hause besucht. – Eltern mit kleinen Kindern werden vorrangig beraten und vermittelt bei der Arbeitssuche, Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge.	Jedes Kind erhält – Sprachförderung, – Musikförderung, – Sportförderung, – Gemeinschaftsförderung, – Aufstellung von individuellen Entwicklungsplänen (sozial, emotional und kognitiv) und – Abschluss einer Vereinbarung mit den Eltern über diese Entwicklungspläne.	– Aufstellung individueller Bildungspläne, – Kein Jugendlicher verlässt die Schule ohne Hauptschulabschluss. – Kein Jugendlicher bleibt nach der Schule ohne Ausbildung. – Kein Jugendlicher bleibt nach dem Berufsabschluss ohne Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt.	Alle Akteure werden verpflichtet, bei der Umsetzung der Leitziele einheitliche Fragestandards (s. Aufbau eines lokalen Netzwerks) zu bearbeiten, zu beantworten und zu dokumentieren.

Übergreifende
Leitziele

Programmplattform E&C, BMFSFJ
„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“
Ein Partnerprogramm der Bund-/Ländergemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“

1999 – 12 bundesweite Fachforen

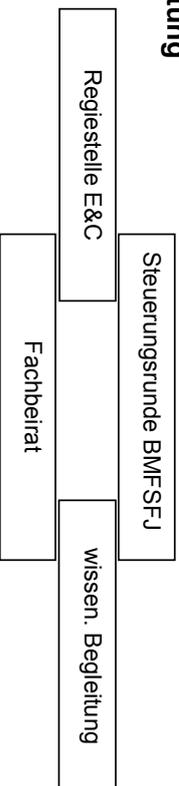
– „Bevor es zu spät ist ...“:
 präventiver Kinder- und
 Jugendschutz in sozialen
 Brennpunkten
 – „Straßenkarrieren“
 – Soziale Offensive im

– „fit for politics“, Projekte lebens-
 weltorientierter politischer Jugend
 bildung
 – Brennpunkt Kinder:
 Tageseinrich-tungen als Orte einer
 Kultur des Aufwachsens

– Mädchen in sozialen
 Brennpunkten
 – Kulturelle Vielfalt entdecken:
 Selbstsicherheit gewinnen
 – Zugänge zu Arbeit und Beruf
 – Erlebnispädagogik-Schnittstelle

– Lebensperspektiven und Gesel-
 schaftsbilder junger Menschen in
 belasteten Wohngebieten
 – Soziale Offensive im
 Jugendsport
 – Partizipation und Chancen-

Regiestelle/wissenschaftliche Begleitung



Zielgruppenkonferenz
 Städte und Gemeinden
 freie Träger/lokale Einrichtungen,
 Quartiers- und Jugendhilfe-
 management

bundesweite Fachforen (z.B.
 Ämterkooperation, Interkulturelle
 Netzwerke, Schule in sozialen
 Brennpunkten, FSTJ, Sozialraum-
 und Jugendhilfeplanung,
 Gesundheit, Lokale Aktionspläne)

Fragebögen
 lokale Einrichtungen/
 Jugendämter

12 Modellgebiete

Regionalkonferenzen
 Ost, Südwest, Nordwest

Dokumentation,
 Experten, Beratung
 Internetportal, Newsletter

Kooperation mit Soziale Stadt
 (difu)

Fachveranstaltungen
 wissenschaftlicher Beirat

1999 – 2006 Teilprogramme E&C

– Wettbewerb „Fit
 für Leben und
 Arbeit: Neue
 Praxismodelle zur
 beruflichen und
 soziale Integration
 von Jugendlichen“
 – Praximo Daten-

Interkulturelles
 Netzwerk der
 Jugendsozial-
 arbeit

FSTJ –
 Freiwilliges
 Soziales
 Trainingsjahr

– Netzwerke
 – Soziales Ehren-
 amt
 –strukturschwach
 e ländliche
 Regionen

Lokale
 Aktionspläne
 für Toleranz
 und
 Demokratie

KuQ –
 Kompetenz
 und
 Qualifikation für
 junge
 Menschen in
 sozialen
 Brennpunkten

Kompetenz-
 agenturen

LOS Lokales
 Kapital für
 soziale Zwecke
 Lokales Kapital
 in der Sozialen
 Stadt